

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Pensionen der Prinzen.

Deutschnationale Abgeordnete verhandelten mit Wilhelm von Oels.

Bei der Weiterberatung der Fürstenausschließung legte die Regierung eine Nachweisung über die Militärpensionsbezüge ehemaliger regierender Häuser vor. Danach beziehen im ganzen 19 Fürsten resp. ihre Witwen Militärpensionen, und zwar Prinz Heinrich 17 127 M., Prinz Eitel Friedrich 10 074 M., Prinz Leopold von Bayern 16 983 M., Prinz Rupprecht von Bayern 16 347 M. Die anderen Beträge zwischen 1503 M. und 7554 M. jährlich.

Dr. Rosenfeld zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich eine Frage an die Deutschnationalen zu stellen: Ist es wahr, daß deutschnationale Abgeordnete in den letzten Wochen mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen über die Frage der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern verhandelt haben, auch über die Taktil, die einzuschlagen ist, um das sogenannte Hohenzollernvermögen zu schützen?

Abg. Barth (Dnat.): Das ist eine ganz ungehörige Frage. Unsere Beziehungen zu den Hohenzollern gehen niemanden etwas an. Ich will aber die Erklärung abgeben, daß wir mit Seiner kaiserlichen Hoheit, dem Kronprinzen, keine Verhandlungen gehabt haben.

Dr. Rosenfeld: Ich muß entschieden zurückweisen, daß meine Frage als ungehörig bezeichnet wird. Diese Frage war notwendig, weil im Interesse des deutschen Volkes festgestellt werden muß, ob Mitglieder des Reichstages mit interessierten Fürsten über die im Reichstag bei der Verhandlung der Fürstenausschließung zu beobachtende Taktil sich verständigen.

Am 28. und 29. Januar haben im Niederländischen Palais und bei Hiller zwei Zusammenkünfte stattgefunden, an denen der ehemalige deutsche Kronprinz, Vertreter der hohenzollernschen Vermögensverwaltung und deutschnationale Reichstagsabgeordnete teilgenommen haben. Der Kronprinz ist unmittelbar darauf nach Holland gefahren. Nach dem Fall Everling, der schon gewisse Aufklärung gab über die Beziehungen deutschnationaler Volksvertreter zu einem Fürstentum, ist das jetzt der zweite Fall, in dem sich herausstellt, daß deutschnationale Abenteiler im Reichstage nicht als Vertreter des Volkes, sondern als Vertreter von Fürsteninteressen mitarbeiten.

Abg. Barth (Dnat.): Die Mitglieder des Rechtsausschusses, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, haben nicht die Ehre gehabt, mit der kaiserlichen Hoheit, dem Kronprinzen, zu sprechen.

Abg. Everling (Dnat.): Ich muß mich dagegen verwahren, daß die gekränkten Rechte der Fürstlichen Familien und die Interessen des Volkes in Gegensatz gesetzt werden. (Allgemeine Heiterkeit.) Ein Rechtsbruch, wie der hier erstrebte, belastet das Volk, in dessen Namen er versucht wird, mit einem Makel. Wir aber wollen nun nicht, daß das deutsche Volk durch die Enteignung der Fürsten mit einem Makel belastet wird. Im übrigen ist es meine Sache, mit wem ich verkehre. Ich habe nicht die Ehre, Seine kaiserliche Hoheit seit anderthalb Jahren zu sehen.

Abg. Korsch (Komm.) protestiert gegen das Verhalten der Deutschnationalen, die die Interessen des deutschen Volkes auf schwerste verletzen.

Abg. Lohmann (Dnat.): Niemand hat ein Recht, uns einen Vorwurf zu machen, wenn wir mit Fürsten verhandeln. Solche Verhandlungen können uns nur helfen, ein gerechtes Urteil zu bilden.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Jeder Versuch, bei der Vertretung von Fürsteninteressen den Eindruck herbeizuführen, als ob diese mit den Volksinteressen nicht im schärfsten Widerspruch ständen, muß entschieden zurückgewiesen werden. Die deutschnationalen Abgeordneten, die mit Fürsten darüber verhandeln, wie am besten

die Vermögensinteressen der Fürsten im Reichstag gewahrt werden, verdienen den schärfsten Vorwurf. Sie verletzen aufs schwerste die elementarsten Pflichten jedes Volksvertreters.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. In der Fortsetzung der Generaldebatte nimmt das Wort

Abg. Freiherr v. Rihthofen (Dem.): Das dem Ausschuss vorgelegene Material hat die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Abfindungsfrage klar bewiesen. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß den fürstlichen Familien durch Urteile, die dem Volksempfinden nicht immer entsprechen ein Landbesitz von 500 000 Hektar, also ein Gebiet fast so groß wie der Freistaat Oldenburg, zugesprochen worden ist. Für eine reichsgesetzliche Regelung sprechen auch außenpolitische Gründe. Wenn Deutschland so große Mittel und Vermögenswerte den fürstlichen Familien überläßt, so könnte im Ausland leicht ein falsches Urteil über die finanzielle Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes entstehen. Die Schwierigkeiten der Auseinandersetzungsfrage sind hauptsächlich dadurch entstanden, daß man 1919 bei der Schaffung der Weimarer Verfassung diese Frage nicht mit geregelt hat. Man hat damals nicht vorausgesehen, daß sobald schon große Volksteile sich für die Ansprüche der Fürsten einsetzen und

daß die fürstlichen Familien so wenig der Notlage des deutschen Volkes Rechnung tragen,

vielmehr im großen und ganzen das Bestreben zeigen würden, aus der Liquidationsmasse für sich herauszuholen, was irgend möglich ist. — Die von den Kommunisten und Sozialdemokraten beantragte vollständige Enteignung halten wir Demokraten nicht für gangbar. Sie würde nicht die Beruhigung bringen, die wir brauchen. Sie würde auch nicht den Grundgedanken der Gerechtigkeit entsprechen. Man braucht nur daran zu denken, wie ungerecht es wäre, einem so ausgezeichneten Mann wie dem Prinzen Raz von Baden alles zu nehmen. Der ursprüngliche demokratische Antrag ist nicht vollständig zurückgezogen, sondern zunächst nur zurückgestellt worden, um die Bahn für den Kompromißentwurf freizumachen. Es ist nicht zu leugnen, daß der demokratische Antrag eine gewisse Ungleichheit bringen würde, weil er die Regelung den ganz verschieden zusammengesetzten Landesparlamenten überläßt.

zurückgemessen hatte, hat sich nach der Abstimmung bereit erklärt, die „Zusammenarbeit“ mit der Kommission wieder aufzunehmen.

England für Rußlands Mitarbeit.

Chamberlain über die Abrüstungskonferenz. London, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Außenminister Chamberlain beantwortete am Montag im Unterhaus die an ihn gerichtete Frage über die Stellungnahme Sowjet-Rußlands zur vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Er teilte mit, daß Rußland bisher auf die Einladung des Völkerbundssekretariats amtlich noch nicht geantwortet hat. Vorläufig seien die Schwierigkeiten, die bisher einer Teilnahme an der Konferenz in Genf entgegenstanden, noch nicht behoben. Die englische Regierung habe zwar keine Veranlassung, sich irgendwie ein Urteil bezüglich dieser Schwierigkeiten zu erlauben, aber das Kabinett hege doch die Hoffnung, daß die Schwierigkeiten beseitigt und die Mitarbeit Rußlands auf der Entwaffnungskonferenz gesichert werden könne.

Aus dieser Verkaufbarung des englischen Außenministers wird ersichtlich, daß entgegen den bisherigen Meldungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Moskau doch noch weitere Verhandlungen geführt werden.

Völkerbundsrat am Freitag.

Uebergabe der deutschen Note am Mittwoch. Genf, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag gegen Mittag hat der deutsche Generalkonsul Wismann dem Generalsekretär des Völkerbundes die Voranzeige gemacht, daß die Note der deutschen Reichsregierung mit dem Eintrittsgesuch am Mittwoch übergeben werden wird.

Darauf wurde die außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates auf Freitag nachmittag 5 Uhr einberufen.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde heute in kurzer Sitzung eine Vereinbarung über die Rednerfolge bei der heutigen Debatte im Reichstage getroffen. In erster Stelle wird der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sprechen. Dann wird im Namen der Regierungsparteien Abg. Dr. Schulz (D. Sp.) eine formulierte Erklärung abgeben. Für die Sozialdemokraten wird dann der Abg. Stampfer sprechen, für die Deutschnationalen der Abg. Dr. Martin Spahn.

Tschechoslowakisches „Locarno“.

Mit Hilfe der Sprachendrosselung.

Von Senator Johann Polak (Brünn).

Die tschechoslowakische Republik hat sich in ihrer „revolutionären“ Nationalversammlung, die dem legalen Parlamente vorausging, Gesetze über die Verfassung, über die Grundzüge des Sprachenrechtes, über die Errichtung von Gauen und Bezirksbehörden, über die Gemeindeordnung gegeben. Alles, ohne die Minderheitsörter den Beratungen beizuziehen oder zu befragen, wiewohl die Deutschen allein die städtische Zahl von 3 1/2 Millionen in einer Gesamtbevölkerung von 13 1/2 Millionen bilden. Bei der Schaffung der verfassungsmäßigen Grundlage waren die damaligen Gesetzgeber in erster Linie und in stärkster Nähe darauf bedacht, den Charakter der Republik als eines Nationalstaates festzulegen, bei welchem gesetzgeberischen Geschäfte sie natürlich niemanden brauchen konnten, dessen bloßes Dasein die stärkste Widerlegung der Grundvoraussetzung ihrer Verfassung verkörperte. Zu diesen Gesetzen fügten sie dann noch eine parlamentarische Geschäftsordnung, welche die durch die nationale Staatsidee geschaffene und befruchtete allnationale Koalitionsregierung vor allen Fährlichkeiten bewahren, die Opposition auf parlamentarischem Boden wehrlos machen sollte. Aber alle Vorsicht scheiterte an der Entwicklung der Dinge.

Die Wahlen im November haben die Opposition mächtig verstärkt, ihrer Kritik an der Politik der Regierungskoalition neue Argumente und erhöhte Kraft verliehen. Sie haben aber auch in der eingeschränkten Regierungsmehrheit Gegenätze ausreizen lassen, die von allem Anfang an bestanden und die jetzt den Parlamentarismus selbst funktionslos machen. Seit den Wahlen sind mehr als 2 1/2 Monate verstrichen. Doch über die provisorische Konstituierung der beiden Häuser ist es noch nicht hinausgekommen. Zur Wahl der definitiven Präsidien ist es noch nicht gekommen, obwohl die Verpflichtung dazu einen Monat nach der Wahl der provisorischen Präsidien besteht. Dringende terminierte Gesetzgebungsaufgaben haben sich innerhalb der Regierungsparteien zu heftigen Streitgegenständen ausgewachsen; es knistert im Gehäuf der Koalition.

Nun hat sich des gefährdeten Parlamentarismus die deutsche Sozialdemokratie angenommen. Sie hat unter Benützung des § 40 der Geschäftsordnung, nach welchem über Beratungen von Zweifeln der Abgeordneten das Haus binnen drei Tagen einberufen werden muß, die gesamte Opposition für diesen Schritt mobilisiert. Das hat die Regierungsparteien in heftigsten Zorn versetzt. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses, das die von den Zweifeln geforderte Einberufung verfügen sollte, hat die Behandlung des Antrags verweigert, weil die Unterschrift einzelner Abgeordneter des oppositionellen Klubs (natürlich mit deren Einwilligung) von anderen beigebracht wurden. Ein von Abgeordneten aller Parteien (auch der Regierungsparteien) geübter Brauch wird nun als „Fälschung“ bezeichnet und zum Anlaß eines ganz unangebrachten und den Regierungsparteien wenig zustehenden moralischen Entrüstung genommen. Hinter der „moralischen“ Aufgereiztheit birgt sich der Zorn, daß bei der so vorsichtig gemachten Geschäftsordnung doch noch eine Lücke für die Opposition übriggelassen wurde, die es dieser ermöglichte — von den Regierungsparteien die Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflicht zu verlangen.

In diese künstlich erregte Stimmung, in die vergiftete Atmosphäre warf nun die Regierung die Sprachverordnung hinein. Diese Verordnung ist das Schlimmste an nationaler Entrechtung, was man sich vorstellen kann! Sie bedeutet eine katastrophale Verschlechterung des Rechtszustandes, den das Gesetz über die Grundzüge des Sprachenrechtes geschaffen. Die auf die Tschechisierung gerichteten Maßnahmen haben ihre Krönung erfahren. Die Sprachverordnung ermöglicht es, den Rest der deutschen Beamten, den das Abbaugesetz im Staatsdienste übrig gelassen, aus dem Dienste herauszudrängen, sie beseitigt die in der Verfassung festgelegte Bestimmung, wonach Richter gegen ihren Willen vom Orte ihrer Tätigkeit nicht veretzt werden dürfen, indem diese Veretzung „zwecks Erlernung der Staatsprache“ verfügt werden kann.

Sie nimmt deutschen Gemeinden ihre Autonomie, indem sie vom Bürgermeister und seinen Vertretern die Beherrschung der tschechischen Sprache verlangt, von Gemeinden mit über 3000 Einwohnern die Bestellung einer genügenden Anzahl von der „Staatsprache“ in Wort und Schrift mächtigen Beamten verlangt und auch von den kleinsten Gemeinden, in denen auch nur ein einziger tschechischer Gemeinderat sitzt (dieser versteht als eingeweihter Bürger der Gemeinde in der Regel auch die deutsche Sprache) die Vorfrage für die tabellarische Erledigung der Schriftstücke in tschechischer Sprache begehrt. Das ist nur ein kleiner Teil der von Chauvinismus und Gehässigkeit gegen das Deutschtum getragenen Bestimmungen.

Seit Jahren haben die Deutschen, hat die deutsche Sozialdemokratie die Erlassung der Sprachverordnung verlangt, um dem Zustande der Unsicherheit und Verwirrung ein Ende zu setzen. Als das Begehren unter der Regierung Tusa gestellt wurde, hat der damalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident Schwoblich feierlich versprochen, die Sprachverordnung dem Parlament vorzulegen und den nationalen Minderheiten Gelegen-

Preussischer Landtag.

Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Im preussischen Landtag wurde heute zu Beginn der Sitzung auf Verlangen des Genossen Lüdemann ein sozialdemokratischer Antrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung gesetzt und zur raschen Erledigung im Zusammenhang mit den Beratungen über die neue Hauszinssteuer ohne Besprechung dem Hauptauschuss überwiesen. Der Antrag fordert vom Staatsministerium 1. einen nennhaften Teil der im Haushaltsplan für 1926 vorgesehenen Mittel für öffentliche Bauten schon jetzt zur Verfügung zu stellen und 2. für die Finanzierung des Wohnungsbaues vorzugsweise einen Betrag von 50 Millionen Mark den Kommunalverbänden zu überweisen.

Angenommen wird ein Antrag, der die Anerkennung der in Oberirdischen durch Aufrubr und Poleneinfall verursachten Schäden als Reichsschuld und die Beschleunigung in der Zahlung der Entschädigungen verlangt. Ferner wird angenommen ein sozialdemokratischer Antrag zur Bekämpfung der Stilllegung von Zechen im Ruhrgebiet aus spekulativem Interesse, ebenso ein Antrag zur Erhöhung der Bezüge der Angestellten in den Staatsbetrieben des Recklinghauser Bezirks.

Nach Ueberweisung eines Zentrumsantrages zur Stundung der Saatkreditreife an den zuständigen Ausschuss geht das Haus an die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Zusammenhalten der Linken.

Niederlage Doumerds.

Paris, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Linke hat am Montag dem Finanzminister Doumer eine neue schwere Niederlage beigebracht. Der von diesen gestellte Antrag auf Zurückstellung der von der Kommission vorgeschlagenen Annahmefung der Inhaber- in Namenspapiere wurde von der Kammer mit 287 gegen 233 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag haben geschlossen die drei Parteien des Kartells gestimmt. Der gestern in einer Beratung der Fraktionsvorsitzende beschlossene Appell an die Parteidisziplin hat demnach bereits seine ersten Früchte gezeitigt. Doumer, der noch am Montag nachmittag jedes Kompromiß in der Finanzkommission sehr von oben herab

heit zu geben, rechtzeitig dazu Stellung zu nehmen. Tzfar bot als Ministerpräsident eine gewisse Gewähr gegen den Mißbrauch eines Gesetzes, das das Zusammenleben der Nationen im Staate erleichtern soll, zu niedrigen chauvinistischen Zwecken. Der damalige Innenminister Schmeißer aber hat als Ministerpräsident sein Wort glatt gebrochen. Die Sprachenverordnung wurde mit den Vertretern der Minderheiten vor der Veröffentlichung nicht besprochen. Ihr Inhalt und der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung sind eine Konzeption an die Schlimmste der chauvinistischen Parteien, an die Nationaldemokraten, die durch dieses Geschenk für die Anerkennung von Räterußland gewonnen werden sollen. In der Spitze der Nationaldemokraten, die übrigens bei den Wahlen eine vernichtende Niederlage erlitten und die von Tag zu Tag deutlicher zur Partei des tschechischen Faschismus werden, steht der aus dem österreichischen Parlamente zu trauriger Berühmtheit gelangte Dr. Karel Kramarsh, in dessen Herzen neben dem Schmerz über das Ende des von ihm heißgeliebten Jarkismus nur noch ein maßloser, durch keine noch so große Unterdrückung des Deutschtums zu sättigender Deutschenhaß lebt. Den Haßbedürfnissen dieses Mannes und seiner Partei wurden nun die spärlichen Reste der nationalen Minderheitsrechte geopfert!

Als vorkurzem die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes erging, die die Ungelehrtheit einer Erziehung doppelsprachiger Schüler, Speisekarten und Getränkezeichnisse aussprach, da war auf tschechischer Seite die Antwort eine allgemeine Entrüstung. Der „Vorwärts“ aber schrieb damals: „Nach gibt es Richter in der Tschechoslowakei.“ Damit ist es nun zu Ende. Der tschechische Chauvinismus wird sich in Zukunft über seine höchsten Richter nicht mehr zu entrüsten brauchen, denn seine höchsten Richter werden nicht mehr Gelegenheit haben, nach ihrer Ueberzeugung zu urteilen. Das „Innen-Verkehr“ der Tschechoslowakei, von dem Herr Dr. Benesch spricht und das seine stinken Federn im Auslande preisen, hat ein reiches und unrühmliches Ende gefunden. Die Sprachenverordnung ist geeignet, auch dem Auslande zu zeigen, wie der wahre Geiste dieses Locarno befehlen ist.

Die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei sehen ihre Bemühungen um Wälderveröhnung erschwert, wenn nicht gar vereitelt und können nicht ohne Bitterkeit die Worte in der Einleitung zur Verfassungsurkunde lesen: „Wir, das tschechoslowakische Volk, sind von dem Wunsche befeuert, gerechte Normen in der Republik einzuführen, die ruhige Entwicklung der tschechoslowakischen Heimat sicherzustellen, dem allgemeinen Wohle aller Bürger dieses Staates zu nützen und die Segnungen der Freiheit künftigen Generationen zu sichern.“

Das ist die Theorie, die Sprachenverordnung aber ist die Praxis!

Mussolinis Verteidiger.

Deutschnationale nehmen ihn in Schutz.

Die patentnationale „Berliner Börsen-Zeitung“ hat Mussolini Dank abgestattet. Die „Niederdeutsche Zeitung“, nationales Leseblatt für Nordwestdeutschland, gibt zu verstehen, Mussolini habe eigentlich recht; denn er sei — von der deutschen Linkspresse gereizt worden:

„Verbrecherisch aber ist es von unseren Linksparteien und ihrer Presse, wenn sie bei ihrem persönlichen Haß gegen den italienischen Staatsleiter Mussolini wegen seiner innerpolitischen Gegnerhaft gegen die Sozialdemokraten und Fremdenfeinderei so freien Lauf lassen. Bekanntlich ist die romanische Freimaurerei nicht mit der in Deutschland gleichzustellen. Unsere Linksteile können sehen, wie sie es durch ihre Heße gegen Mussolini und etwa gar durch geistliche falsche Redungen über Südtirol zu einer verhängnisvollen außenpolitischen Spannung zwischen unserem Volke und Italien bringen. Mit Italien braucht das Deutsche Reich keine Gegensätze zu haben, wohl aber

hat Italien scharfe Gegensätze zu Frankreich in allen Mittelmeerfragen und in den von Italienern beherrschten französischen Gebiet.“

Die Gefinnungsgemeinschaft der deutschen Reaktionäre mit dem größtenwahnwinnigen Diktator Mussolini geht den Patentnationalen über den Schutz des Minderheitsrechtes der Deutschen in Südtirol.

Der Plan der Kommunisten.

Thälmanns Geständnis.

Man schreibt uns aus Dortmund:

Wenn noch ein Zweifel bestand, ob die sozialdemokratische Presse Recht hatte, wenn sie schrieb, daß mit den Kommunisten eine gemeinsame Front nicht herzustellen sei, weil die Kommunisten es einfach an dem ehrlichen Willen, selbst in der Frage der Fürstenabfindungsstande, fehlen lassen zu gemeinsamen Vorgehen, so muß der letzte Zweifel nach dem „Roten-Frontkämpfer-Tag“ für den das rheinisch-westfälische Ruhrgebiet umfassenden Ruhrgebiet in Dortmund schwinden. In der Westfalenhalle sprach hier am Sonntagmorgen der Bundesvorsitzende des „Roten Frontkämpfer-Bundes“ Ernst Thälmann. Die Rundgebung war als „Rundgebung gegen die Fürstenabfindung“ angekündigt. Daraus hörte man recht wenig. Thälmann las seine von Oberflächlichkeit diktierten Ausführungen dahin zusammen: Ihr müßt arbeiten. Bis die Bourgeoisie schwach und die Sozialdemokratie verwirrt ist gegen den KDOB, gegen Gewerkschaften, gegen die Sozialdemokratie müssen wir in den Betrieben die Einheitskomitees bilden. Der KDOB hätte nicht die Kommunisten zur Ordnung rufen müssen, sondern den Bergarbeiterverband im Ruhrgebiet, der mit den Generaldirektoren verhandelt, statt zu kämpfen. Wenn die Bourgeoisie schwach, wenn die Sozialdemokratie verwirrt, dann siegt die Revolution. Diesen Satz noch einmal wiederholend schloß Thälmann wörtlich seine Rede.

Also auch diesmal steckt hinter dem ganzen Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten wieder nichts anderes, als die Absicht, Verwirrung in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu tragen. Was den Kommunisten aber bisher nicht gelungen ist, das soll ihnen auch diesmal nicht gelingen.

Geheimrat Weigert.

Er findet die Erwerbslosenunterstützung zu hoch.

In Nr. 4 des „Reichsarbeitsblattes“ schreibt der Geheimregerungsrat und Abteilungsdirigent im Reichsarbeitsministerium, Dr. O. Weigert, über „Die Erwerbslosenfürsorge in der Wirtschaftskrise“.

Der Artikel gewährt einen interessanten Einblick in die geistige Verfassung eines Mannes, der im Reichsarbeitsministerium maßgebend für die Fragen der Erwerbslosenfürsorge ist. Weigert war es, der in den Dezembertagen alles aufbot, um den Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsjahre erfolglos ausgehen zu lassen. Das ist ihm nicht gelungen. Jetzt leitet er im „Reichsarbeitsblatt“ einen neuen Feldzug gegen die dringend notwendige Erhöhung der Unterstützungsjahre ein. Nach seiner Auffassung ist die letzte Erhöhung der Unterstützungsjahre nur eine vorübergehende, weil die Höhe vom 17. Dezember 1925 eine Höhe erreichen, die wirtschaftlich und sozialpolitisch nicht unbedenklich ist. Die Höhe der Unterstützungsjahre ist nach Auffassung Weigerts deshalb bedenklich, weil namentlich ihre Spitzenbeiträge bis in die Höhe ganzer Arbeitergruppen hineinreichen. Wenn das wahr wäre, würde es nur beweisen, wie unerträglich tief das deutsche Lohnniveau ist. Für die Praxis will diese Ueberschneidung jedoch nichts besagen. Weigert weist selbst darauf hin, daß die Unterstützungsjahre Höchstjahre sind und daß dort, wo Ueberschneidungen zu verzeichnen sind, die Höhe nur in Beträgen bezahlt werden dürfen, die einen angemessenen Aufwand von den vergleichbaren Löhnen ausweisen. Wie unzureichend die gegenwärtigen Unterstützungsjahre sind, muß Weigert indirekt selbst zugeben, wenn er darauf hinweist, daß vielfach auch die Leistungen der öffentlichen Fürsorge ergänzend hinzutreten. Dennoch: Der Geheimrat des Reichsarbeitsministeriums bezeichnet die gegen-

wärtigen Unterstützungsjahre als zu hoch. Man kann daran erkennen, was die Arbeitslosen und Kurzarbeiter von diesen Geheimrätern erwarten dürfen. Mit um so größerem Nachdruck wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Kampf für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter führen.

Presseskandal in Wien.

Der „Abend“ als Expresserblatt.

Wien, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Wien ist man einer Pressekorruption auf die Spur gekommen, die größtes Aufsehen erregt. Dem Verleger der linksradikalen Zeitung „Der Abend“, dem früheren kaiserlichen Rat Colbert, dem Chefredakteur Alexander Weiß und dem Geschäftsführer Fuchs wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich großer Exzessen an Banken und Industrieunternehmen schuldig gemacht haben. Es soll bereits festgestellt sein, daß das Blatt, das in der Hauptsache auf sensationelle Aufmachung von Skandalen und Enthüllungen eingestellt war, Millionen erpreßt hat. Als Opfer werden einstweilen die Vönderbank, eine vertrachtete Depositenbank, ferner Castiglioni, Scharz und der Generaldirektor der Ankerbrotfabrik genannt. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft sich bereits um die Klärung der Angelegenheit bemüht.

Die „Arbeiterzeitung“ stellt am Montag zu dem Skandal des „Abend“ fest, daß das Blatt mit der sozialdemokratischen Partei in keiner Weise verbunden war und die Partei weder auf seine journalistische Führung, noch auf seine administrative Gebarung irgendeinen Einfluß ausgeübt hat. Der „Abend“ war ein vollkommen unabhängiges Blatt. Es stand ehemals den Kommunisten sehr nahe und hat seit einigen Jahren, als die Kommunisten in Oesterreich ganz einflußlos wurden, wiederholt die Politik der Sozialdemokraten unterstützt. Es ist aber nie in nähere Beziehungen zur Partei getreten. Einzelne Redakteure des „Abend“ waren allerdings Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Der kompromittierte Redakteur Alexander Weiß war aber nie Parteimitglied. Der Herausgeber des „Abend“, Colbert, hat am Sonntag an den sozialdemokratischen Parteivorstand ein Schreiben gerichtet, in dem er ausdrücklich feststellt, daß sein Blatt kein Parteiorgan war, daß er selbständig sozialistische Politik gemacht hat und daß er, als die Verfehlungen des Weiß bekannt wurden, ihm sofort von seiner Stellung suspendiert hat. Colbert richtet an den sozialdemokratischen Parteivorstand die Frage, ob dieser bereit sei, entweder selbst oder in einem von ihm bestellten Ehrengericht die finanzielle und administrative Gebarung des „Abend“ und die gegen den „Abend“ und seine Mitarbeiter erhobenen Beschuldigungen zu untersuchen, und ob der Parteivorstand eventuell bereit wäre, die journalistische Führung und die finanzielle und administrative Gebarung des „Abend“ unter die Kontrolle der Parteinstanz zu stellen.

Der Parteivorstand sollte am Montag abend einen Beschluß fassen, in dem er feststellt, daß der „Abend“ eine von der sozialdemokratischen Partei vollständig unabhängige Zeitung ist. Der Parteivorstand nimmt das Angebot des Herausgebers des „Abend“ zur Kenntnis, die journalistische Führung und die finanzielle und administrative Gebarung des „Abend“ unter die Kontrolle der Parteinstanz zu stellen. Der Parteivorstand könnte aber dieses Angebot nur dann annehmen, wenn die näheren Bedingungen dieser Kontrolle, die erst festzustellen sein werden, der Partei hinreichende Bürgschaft bieten.

10 Milliarden Gewinn, aber „kein wesentliches Material“?

Wien, 9. Februar. (M.B.) Wie die Blätter melden, haben die postseitigen Erhebungen in der Angelegenheit Alexander Weiß bisher kein wesentliches Material für eine strafrechtliche Beurteilung des Falles ergeben, es sei aber festgestellt worden, daß teils unmittelbar, teils mittelbar namhafte Geldsummen dafür gemacht wurden, daß Angriffe, welche schon im „Abend“ im Gange waren, aber die angebroht waren, unterblieben. Die Postzeldirektion werde wahrscheinlich schon heute das gesamte Material der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Gesamtbetrag der Zuwendungen, die Alexander Weiß widerrechtlich empfangen haben soll, würde in unterrichteten Kreisen auf ungefähr zehn Milliarden geschätzt.

Das National-Epos.

Von Rudolf Roehler.

Das deutsche Volk soll jetzt das von seinen Professoren längst schmerzlich erwartete „National-Epos“ bekommen. Professor Cohnmann von den „Süddeutschen Monatsheften“ und sein Kreis haben es endlich geschafft. Sie haben auch schon einen Aufruf in einen großen Teil der deutschen Presse lanciert, und den Aufruf haben nicht nur viele deutschnationale Herrschaften, sondern auch ein paar liebenswürdige Andersgläubige, so der Professor Hermann Kerpelring und der Erzbischof Seedorf, unterzeichnet. Es besteht also alle Gewähr, daß der Zweck der Rundgebung erreicht und das Epos in seiner ganzen Diale von über eintausend Druckseiten mit Hilfe edler Spender demnächst hergestellt wird.

Das Ganze ist als eine Art Geburtstagsgeschenk für den sechzigjährigen Verfasser, den Schriftsteller Paul Ernst, gedacht. Ihm und sich selbst zullebe soll das deutsche Volk wieder einmal das Scherstein der Witwe spenden.

Das alles wäre ganz schön, wenn es nicht wieder nur ein National-Epos für unsere rechtsgerichteten Professoren und Gymnasialisten wäre. Wenn es Dichtung — und nicht Reimerel, wenn es Geschichte und Leben — und nicht Langeweile und lehrhafte, teuschämende Einfall wäre. Wenn es nicht verjuchte, in rund 40000 Verszeilen deutsche Vergangenheit chronologisch durchzureimen, wenn es nicht voll des Wahnes wäre, daß ein Epos weder des Geistes noch der Form bedürfte. . . .

Ja, wenn es Dichtung wäre —! Wenn es in dem 360 Seiten starken, bereits erschienenen ersten Band z. B. nicht Stellen gäbe, Seite für Seite, wie diese:

Ihr habt die Hülle und die Seligkeit,
Denn jeder Mensch ist anders, jeder hat
Die Seele, und mit seiner Seele tun
Kann jeder, was er will; — — —

Ja, wenn epische Kleinmalerei und Liebe zum Döhl für Paul Ernst sich nicht stets erschöpfen im primitivsten Erguß:

— — — Sauber ist gefehrt
Der Raum vorm Haus; das Milchgeschirr steht rein
Zum Trecken auf der Bank im Sonnenschein.
Die Käse friedlich sitzt dabei, sich leckend,
Vor seiner Hütte sitzt der Hund sich streckend.“

Ja, und davon hängt alles ab: wenn die Geschichte, wenn die stolze deutsche Vergangenheit im Dichter dieses National-Epos nicht Bilder erlesenen Heße, wie sie sich Klein-Hänschen erträumt:

„Das Volk stand da, die Priester, wie ein Mann;
Sie sprachen: Herr Kaiser, wir bitten dich bei Gott:
Schau uns'ren armen Kirche unglück an,
Und mache lebzig uns von uns'rem Rot.
Befehl gib: Abgesetzt Johann soll sein

Und setze einen neuen Papst uns ein;
Ein Mann, der uns von deiner Hand gegeben,
Wird uns zum Guten führen durch sein Leben.“

Der Kaiser sprach: „Die Rede mir gefüllt,
Wenn einen tugendhaften Mann ihr kennt,
So sei er auf den Ort Johannes gestellt.“
Die Menge rufend Leos Namen nennt.
Zum zweiten, drittenmal der Kaiser fragt,
Die Menge stets denselben Namen sagt.
Der Kaiser spricht: „Ihr müßt den Mann ja kennen,
So will ich Leo denn zum Papst ernennen.“

Wer schüttelt nach solchen Proben nicht verwundert den Kopf über die literarische Anspruchlosigkeit jener Männer, die in ihrem Aufruf für dieses National-Epos sagen, es sei Paul Ernsts „kühnstes und dichterisch bedeutendstes Werk“ und „die Krone seines Schaffens“. Und daß sie gerade in diesem Zusammenhang Verzerrung und Unnatur der Gegenwart wieder richtige, natürliche und vorbildliche Gefühle darstellte, der, statt zielloser Auflösung zu dienen, den Weg zur Gesundung des Menschen und zu einer neuen religiösen Haltung zeigte“.

Eine deutsche arktische Flugzeug-Expedition.

Neben Carners Luftschiffahrt nach dem Nordpol, die jetzt vorbereitet wird, soll auch eine deutsche Flugzeugexpedition nach der Arktis in Angriff genommen werden, die der durch zahlreiche Polar-Expeditionen bekannte Frankfurter Forscher Theodor Verner leiten wird. „Die Umkehr“ ist in der Lage, nähere Mitteilungen über dieses Unternehmen, das mit dem für dieses Jahr in Aussicht genommenen zweiten Nordpolflug Amundsens in Konkurrenz tritt, zu machen, und zwar berichtet darüber Dr. Ing. von Langsdorff, der die technische Vorbereitung der Expedition leitet. Die deutsche Flugzeugexpedition beabsichtigt, Beobachtungen über die Verteilung von Land und Wasser im Polargebiet zu machen, die über die bisherigen Forschungen hinausgehen. Die Auffindung eines hocharktischen Landes hat neben der wissenschaftlichen Bedeutung auch noch einen praktischen Wert, denn es wäre dann möglich, die Luftverkehrslinien zum Teil über die Arktis zu legen. Durch eine derartige Linie ließe sich die augenblickliche Reisedauer von Europa nach dem fernem Osten, die mindestens 2 1/2 Wochen beträgt, auf 5 bis 7 Tage herabsetzen. Das etwa gefundene Land soll dann mit Hilfe von Aufnahmen aus der Luft topographisch aufgenommen werden. Des weiteren kommt die Klärung wichtiger ozeanographischer Fragen in Betracht, z. B. die Gestaltung der Strömungsverhältnisse im Eismeer und damit zusammenhängend der Eisdrift, Fragen, die für die Seeschiffahrt großes Interesse haben. Dasselbe gilt von den meteorologischen Problemen, die die Schiffahrt und Luftfahrt in gleicher Weise zuzute kommen. Die Flugzeugexpedition, die für dieses Jahr in Aussicht genommen ist, wird zu ihrer Basis die Amsterdaminsel in Spitzbergen wählen. Es sind auch Flüge über das Nordostland nach Franz-Josephs-Land und darüber hinaus sowie nach Grönland geplant. Dabei soll festgestellt werden, ob ein früher bestehender

Landrücken hier verlaufen ist. Die beiden Dornier-Wal-Metallflugboote, mit denen die Flüge unternommen werden, haben einen Aktionsradius von 2000 Kilometer.

Ueber den deutschen Ausflieger Bernard Shaws sprach sein deutscher Uebersetzer Siegfried Trebitsch in der Berliner Sezession. Noch vor etwa fünfundsiebzig Jahren war Englands größter lebender Dramatiker, obgleich schon eine stattliche Anzahl seiner Werke gedruckt vorliegen, in England wie im Zustande einem weiteren Publikum fast unbekannt. Außer auf der Londoner Stage, die als Versuchsbühne für unaufführbare Dramen galt, war nichts von ihm aufgeführt worden. Trebitsch schilderte anschaulich und humorvoll seinen — und also auch Shaws — Leidensweg in Deutschland. Trebitsch hatte von Shaw das Uebersetzungsrecht für drei Dramen erhalten, die er in einem Jahre übertragen wollte. („Der Teufelschüler“, „Tambida“ und „Heiden“). Aber diese, wie auch die späteren Werke Shaws erwiesen sich weder in Deutschland noch in England, das jetzt ebenfalls Shaw aufzuführen begann, als Zugstüde. Den ersten Aufführungen brachten Publikum wie Presse wohl lebhaftes Interesse entgegen, das aber nach wenigen Abenden schon erlahmte. Erst seit „Pygmalion“, der am Wiener Burgtheater in deutscher Sprache seine Uraufführung erlebte, trat eine Wandlung ein, und von da an wurde Shaw zu dem bühnenwirksamen Autor, als den wir ihn heute kennen.

Trebitsch sprach dann über sein Verhältnis zu Shaw und seine eigene Uebersetzerarbeit. Man hat Trebitsch oft zum Vorwurf gemacht, seine Shaw-Uebersetzungen seien nicht korrekt. Nun wies er darauf hin, wie er seine Arbeit oft überleiten mußte, um der Gefahr zu entgehen, daß die deutsche Schulpflicht vorher ablaufe. Dadurch seien wohl Flüchtigkeiten vorgekommen, die er aber in späteren Auflagen stets nach Möglichkeit berichtigt habe.

3500 deutsche Kinder ohne Schule! Auf der Tagung des Kulturbundes der Deutschen Litauens in Romno machte ein deutscher Sejmabgeordneter über die Lage der deutschen Schulen in Litauen folgende Angaben: Obwohl die Deutschen nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1923 Anspruch auf 60 Schulen und 107 Lehrer hätten, haben in Wirklichkeit die Deutschen im Januar 1922 nur 23 Schulen mit 33 Lehrern und am 1. Januar 1923 nur 20 Schulen mit 33 Lehrern gehabt. Die neueren Zahlen ergeben, daß etwa 3500 deutsche Kinder entweder überhaupt keinen Unterricht, jedenfalls aber keinen deutschen Unterricht haben und nur 1880 Kinder kurzzeit deutschen Unterricht genießen. Die Deutschen Litauens haben nur etwa 25 Proz. der Schulen, die ihnen nach dem Gesetz zustehen müßten. Ein Lehrerseminar ist nicht vorhanden, seine Gründung ist dem Kultusminister nicht genehmigt worden. Allmählich können die deutschen Schulen aus Mangel an Lehrern nicht weiterbestehen.

Die Volkstheater veranstaltet am Sonnabend 7, 8 Uhr im Konzertsaal der Hochschule für Kunst ein Konzert, bei dem die Gläubiger der Staatsoper Dunjette von Rogart und Beethoven zur Klärung dringen wird. Der Altra Krausche Frauenchor bringt Werke alter und zeitgenössischer Komponisten zu Gehör.

Spielplanänderung. Im Trianon-Theater wird Dienstag und Freitag „Schie dem Brachman“, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag „Das Geipenkerisch“ gegeben. Mittwoch und Sonnabend 11 Uhr: Radioverteilung.

Zeit im Winkel.

Nur ungern und selten duldet die wohlgeordnete Geradlinigkeit der Berliner Straßenzüge Gassen und Winkel — wo sie aber zu finden sind, birgt sich zuweilen eine recht bemerkenswerte Kleinwelt dahinter, Werte der Kunst oder geschichtliche Erinnerung wie in der Altstadt, Kleinwelt des Fleisches, der Arbeit und auch bis zum letzten ausgebeuteten Mietstafelmentum wie allenthalben, wo der Stadt Atem und Raum zu eng und lang bemessen war.

In diese Kleinwelt der Arbeit, in die Welt der kleinen vielgeplagten Leute brennt hell die Fackel einer unruhig flackernden Zeit hinein und läßt uns in einem starken Abbild die ganze große Welt und die Zeit an sich schauen und erkennen. Viel Arbeitsmenschen, viel tausend Arbeitssuchende gehen täglich die kleine, schmale Gasse im Südosten der Stadt, hinein in einen Winkel und heraus aus einem abgelegenen Reiche, wo früher einmal der Pulsschlag der Arbeit rege und gesund ging — die Wusterhausener Straße zum stillen Sprechhof, der zu all seinen reichen Betrieben auch den Metallarbeiter nachweis beherbergt und — das schafft und vervollständigt ein ganz lebendiges Bild unserer Wirtschaftskreise — die Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter zu Ost hat. Zweitausend Menschen der Arbeit und große Betriebe von der Zigaretten- bis zur Maschinenfabrik — für uns ist das eine bunt und reich belebte Kleinwelt. Aber sehen wir näher zu, dann steigt ein Großes, ein Gewaltiges vor uns auf, wo ehne weite und breite Häuserfront in blaugrün und gelb eine wirklich schöne Stätte des Fleisches umschließt. Da lebten denn auch Gasse und Winkel davon, die kleinen Händler, die emsigen Gastwirte und was alles Brot aus Händen der Brotwerbenden nimmt. — Und heute? Stille, recht still ist es im stolzen Gebäude geworden, in einem Betrieb, der fünfhundert Menschen beschäftigt, wird drei Stunden gearbeitet — aber die armen und gedrückten Menschen, die Arbeit suchen, strömen herbei einen ganzen langen Tag und in ihren blaffen Gesichtern ist alles andere, nur nicht Freude zu lesen. Beer, fast verdoht sind die Gaststuben, die Straßenhändler predigen vor Ohren, die taub sein müssen, niemand macht Geschäfte, denn jeder ist froh, wenn es nur noch zum nackten Leben überhaupt langt. Das ist die böse Zeit, die hier lauter, aber leider noch zu wenig vernehmbar spricht als in den munteren Straßen des Verkehrs. Und kein Mensch weiß, wie lange das noch dauern kann, jeder aber fragt den anderen danach und keiner findet Antwort. Fast schon und gebeugt schleichen wir mit den vielen die kurze, schmale Gasse zurück und lassen uns von der sorglosen Geschäftigkeit der Köpenicker Straße ablenken. Köpenick? Wenn das so leicht wäre, denn auch hier fragt ein Wie-lange-nach, auf das uns die Antwort gar nicht gut und freudig danken will.

Hundesperre südlich der Spree.

Von heute ab.

Das Polizeipräsidium teilt folgendes mit: Bei einem Hunde in Reutkolln, der in den Tierhort des Deutschen Tierärzvereins gebracht wurde und dort verendet, ist amtserärztlich und durch Untersuchung des Gehirns in der Tierärztlichen Hochschule Tollwut festgestellt worden. Der Polizeipräsident hat daher von sofort ab die Hundesperre über die folgenden Stadtteile von Groß-Berlin verhängt: Die südlich über Spree gelegenen Teile der Bezirke 1 (Mitte) und 2 (Tiergarten), die Bezirke 6 (Kreuzberg), 9 (Wilmarodorf) mit Ausnahme von Grünwald-Först, den Ortsteil und die Gemarkung Dahlem (zum Bezirk Zehlendorf gehörig), die Bezirke 9 (Schöneberg), 12 (Steglitz), 13 (Tempelhof), 14 (Neu-Sölln) und 15 (Treptow) mit Ausnahme der Ortsteile Oberschöne- weide und Wuhlsheide. — In dem gesamten Sperrbezirk müssen alle Hunde festgelegt, angeleitet oder eingesperrt werden. Auf der Straße sind sie mit einem Maulkorb zu versehen und an der Leine zu führen.

Auf der Landstraße überfallen und beraubt.

Auf seinem Wagen wurde der Kutscher Franz Przewozn aus der Hermannstraße, der bei einer Lebensmittelgroßhandlung in Reutkolln angestellt ist, überfallen und beraubt. Er hatte gestern auswärtige Rundschau bedient und 120 M. eingezogen, die er in einer umgehängten Leberjacke bei sich trug. Als er abend kurz vor 7 Uhr auf dem Rückwege von Budow das Krankenhaus ein Stückchen hinter sich hatte, trafen drei unbekannte Männer auf der Chaussee dem Fuhrwerk in den Weg. Während einer dem Pferde in die Jügel fiel und es festhielt, fliegen die beiden anderen rechts und links auf den Bod. Einer versetzte dem Kutscher einen Faustschlag, der andere bedrohte ihn mit vorgehaltenem Revolver. Sie entrieffen ihm die Leberjacke, sprangen ab, ergriffen die Flucht. Der Beraubte benachrichtigte das 218. Revier in Reutkolln, aber die sofort aufgenommenen Ermittlungen blieben erfolglos.

Fünf Jahre Verständigungsarbeit.

Gestern konnte die „Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis“ auf ein fünfjähriges Bestehen zurückblicken. Am Abend hatte sie in der Aula der Bismarck-Schule, Sobelstraße, eine Jubiläumssfeier veranstaltet, in der Genosse Plarrer Vierter die Festansprache hielt. Nach einem kurzen Rückblick auf die bisherige Tätigkeit der Vereinigung sprach Plarrer über ihre Tendenzen. Ueberparteilich und frei von Dogmen jeder Art wolle sie den Glauben an die Wirkbarkeit von Ideen im Menschen erhalten. Der Mensch brauche Ideen, eine ideenlose Welt sei höhl und ohne Möglichkeit der Weiterentwicklung. Revolutionen sind an diesem Mangel zu Grunde gegangen, verheißungsvolle Ansätze im Keim erstikt worden. Daraus sprach Plarrer über die nächsten Aufgaben der Vereinigung, die hauptsächlich darin bestanden, gegen die Fürstenabfindung zu kämpfen. Musikalische und rezitative Darbietungen umrahmten die Feier. Musiklehrer Franz spielte auf der Orgel die „Morgenstimmung“ von Grieg und den Schlußchor aus der 9. Sinfonie von Beethoven. Irene Trisch sprach Klopffuß, Goethe und Schillers „Lied an die Freude“, Elisabeth Böhm sang „Den Wanderer“ und „Wanderers Nachtlied“ von Schubert und Händels „Largo“. Eine eindringliche Rede, die den Geist, der in der Vereinigung herrscht, voll zum Ausdruck brachte.

Der Kampf um die Demokratie.

Der dritte „Aufbau“-Abend der Freunde der „Sozialistischen Monatshefte“ galt dem Thema „Parlamentarismus, Diktatur oder Wirtschaftsdemokratie?“. In der sehr interessanten, doch wenig fruchtbaren Diskussion kamen die Vertreter aller drei politischen Ziele zum Wort. Das einleitende Referat hielt Oberregierungsrat Dr. Hans Simons, der das Für und Wider der parlamentarischen Demokratie mit einiger Steifheit abwog. Als wichtigste Momente bezeichnete Simons den präzis definierten Verzicht auf den geistigen wie auf den verfassungsmäßigen Absolutismus. Diese klare Linie der Demokratie muß in unserem Bewusstsein zu ihr das Entscheidende sein. Die Diskussion eröffnete Genosse Dr. Kalkstein, der unter teilweisem Widerspruch sein oft propagiertes System der Arbeiterkammer (Wirtschaftsdemokratie) erläuterte. Die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Bäumer sprach als Parlamentarierin und ging kritisch auf die Darlegungen von Simons und insbesondere Kalksteins ein. Nach Prof. Nelson, dessen antidemokratisches Programm der Führer- auslese bei der Wehrheit doch einiges Kopfschütteln auslöste, sprach Ernst Meier, Staatsratsmitglied und Kommunist, und begründete in dialektisch gerundeter Art sein Diktatorvotum. Genosse Prof. Schmidt und Genosse Abramowitsch antworteten den Gegnern der parlamentarischen Demokratie, wobei Abramowitsch gegen die sowjetrussische Diktatur zu Felde zog. Weiterhin sprachen der

Die Steuernot der Agrarier.

Handbemerkungen zu einer Regierungantwort.

Die eigenartige Antwort des Reichsfinanzministeriums auf eine sozialdemokratische Anfrage über die Besteuerung des ostpreussischen Grundbesitzes ist von uns bereits kurz gewürdigt worden. Genossin Annemarie Destrécher sendet uns dazu noch folgende interessante Ausführungen:

Auffallend in der Entgegnung ist, daß bei den kleinen Besitzern unter 60 Morgen rein landwirtschaftliche Betriebe sich befinden, die Einkommensteuer zahlen; bis 400 Morgen sind dies 28 Proz. Dazu kommt die Tatsache, daß immer noch der Entzugung fehlt. Im Jahre 1926, die Nachprüfungen der Betriebe über 400 Morgen in ihrer Gesamtheit noch nicht abgeschlossen sind.

Barum umgibt die Antwort die in meiner Anfrage gegebene Einteilung der Betriebe über 400 Morgen, von denen ich sagte, daß 80 Proz. und über 1000 Morgen, von denen ich sagte, daß 90 Proz. keine Einkommensteuer zahlen? Wenn von den Besitzern über 1000 Morgen nur 10 Proz. Einkommensteuer zahlen, so beweist das die Richtigkeit einer alten Feststellung der Sozialdemokratie, daß Betriebe, die je nach der Bodenbeschaffenheit eine gewisse Größe überschreiten, volkswirtschaftlich unrentabel sind. Daneben haben wir z. B. in Ostpreußen 15 Proz. zu kleine landwirtschaftliche Betriebe, die durch Sabotage der Großgrundbesitzer noch immer nicht zu volkswirtschaftlich leistungsfähigen Betrieben vergrößert werden konnten. Hier muß Wandel geschaffen werden.

In der Einkommensteuerfreiheit des Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Besitzer von 5000 Morgen, findet der Herr Reichsfinanzminister keine Veranlassung zum Einschreiten. Es sei hierbei daran erinnert, daß Herr Dr. Brandes der Vorsitzende der gleichen Landwirtschaftskammer (Königsberg) ist, die anfänglich der Verbindlichkeitserklärung der Erhöhung der beamtenmännlichen Vordarbelterlöhne durch Schiedspruch vom 6. November 1924 eine Entschüpfung suchte, in welcher sie dagegen protestierte, daß staatliche Schlichtungsinstanzen auf die Gestaltung der Arbeiterlöhne einwirken. Nun, dieser „sozialdenkende Herr gehört ja zu den Landwirten, die sich des Vertrauens ihrer Standesgenossen erfreuen, den Steuerprüfungsstellen als „besonders zuverlässiger“ ausübender Sachverständigen-Gutachter empfohlen werden und den Herren Großagrarern als leuchtendes Vorbild dienen.

Der Herr Finanzminister hat offenbar nicht die geringste Veranlassung genommen, die landwirtschaftliche Steuerveranlagung ganz allgemein nachprüfen zu lassen. Vielleicht helfen da folgende spezielle Fragen:

Ist dem Herrn Reichsfinanzminister bekannt, daß je nachdem 5000—6000 M. den Großgrundbesitzern eines Kreises als angemessen für ihren Haushalt steuerfrei gelassen wurde?

Ist ihm bekannt, daß in einem Kreis ein Besitzer, der 4000 bis 5000 Morgen schlagfähigen Eichenwaldes hat, circa 10 000 M. Verfallt anrechnet, während ein anderer des gleichen Kreises circa 450 000 M. Einkommen versteuert?

Ist ihm aus einem anderen Kreise bekannt, daß Pferdeverkäufe von circa 20 000 M. nicht in der Veranlagung erschienen?

Abg. Joas (Str.) und Polizeipräsident Dr. Friedensburg. Friedensburg bemerkte, daß die Anhänger der Demokratie den reaktionären Gegnern die Wege für ihre Wagnisse erst durch ihre Mistkauen ebneten, weil ihnen einzelnes Strohstück mißfalle.

Frauenkunst.

Der letzte „Kunstabend für die Lesefreundinnen und Freunde der Frauenwelt“ fand in der alttisch nicht scheinbar vornehmlichen, aber sonst sehr schönen Stadthalle in der Klosterstraße statt. Nach dem Verlauf der bisherigen vom Bezirksbildungsausschuß der SPD. veranstalteten Kunstabende durfte man mit großen Erwartungen diesem Abend entgegensehen. Den hohen Erwartungen entsprach im Wesentlichen auch der Verlauf des Abends selbst. Frauendichtungen und Frauentexte waren es gewidmet. In Interesse tieferen Verständnisses und der Kunstziehung überhaupt, wäre eine andere Einweisung zum Thema „Frauenkunst“ notwendig gewesen, als die, die man von Dr. Fritz Günther zu hören bekam. Als Beisitzer am Flügel aber bot er ebenso Meisterliches wie in ihren Liedern Elise Janen, mit ihrem Violinspiel Carola Zeilenta, mit melodischen Klängen Alfred Lichtenstein, mit herrlich unpathetischer Sprachkunst Ida Deloffs. Das Programm war im ganzen schön, sehr schön sogar, und der reiche Beifall, der den ausübenden Künstlerinnen dafür gezollt wurde, verdient wie die dankbare Zustimmung, die die Genossin Clara Bohm-Schuch für ihre sehr feinsinnige und kluge Ansprache fand. Sie sprach den Frauen des Proletariats, die die Alltagsnot anreißt und sich gerade deswegen nach bescheidenen, schönen Stunden in der Kunst, der Natur, der Schönheit überhaupt sehnen, wahrhaft aus bedrücktem Herzen. Genossin Lodenhagen sprach am Schluß sicherlich im Namen aller, als sie den Künstlerinnen für die schönen Stunden dankte.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nacht kurz nach 12 Uhr in Lichtenberg in der Herbergstraße 128—134 zum Ausbruch. Auf dem Dachstuhl des Fabrikgebäudes der Firma Siemens u. Co. war aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer entstanden, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Auf den Alarm Großfeuer eilten sechs Löschzüge an die Brandstelle. Fast drei Stunden lang mußte aus zwei B- und zwei C-Röhren Wasser gegeben werden, ehe die Hauptgefahr beseitigt war. Kurz nach 2 Uhr konnten die Löschzüge abrücken, während zwei Löschzüge noch bis nach 4 Uhr mit der Abföschung und den Aufräumarbeiten beschäftigt waren. Eine Brandwache blieb zurück. Der Dachstuhl ist in größerer Ausdehnung ein Opfer der Flammen geworden. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

Beim Aufspringen tödlich verunglückt. Heute morgen, kurz vor 7 1/2 Uhr, versuchte der 39 Jahre alte Schlosser Wilhelm Gabriel aus der Jorndorfer Str. 10 vor dem Hause Greifswalder Straße 201 auf einen Triebwagen der Straßenbahnlinie 63 in Richtung Königsplatz aufzuspringen. Er kam zu Fall und geriet unter den Anhänger. Passanten und ein gerade anwesender Kontrollleur bemühten sich um den Schwerverletzten und bestellten ihn aus seiner eisernen Lage. Mit einer Kräftigschleife wurde G. nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo der Arzt aber nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte.

Im „Theater am Weinbergsweg“ residiert jetzt mit Gesang und Tanz „Die Königin der Nacht“. Franz Hoyer schrieb ein Abenteuer aus der Zirkuswelt, aber so, wie er's tat, gelang es ihm nicht, einem aufnahmewilligen Publikum Tränen des Weils und der Freude zu entlocken. Trotzdem wurde man irgendwie beim Spiel der sehr verschiedenen begabten Darsteller gepackt. War es, weil dies Stück einfach so entsteht, daß die Kulissenpracht, das Rückwärtige des Scheinluzens, der das Publikum so oft bezaubert, dem Zuschauer zugestimmt ist? Das Spiel war meist

Diese Beispiele lassen sich in allen Bezirken beliebig vermehren. Hat der Herr Finanzminister wohl einmal Feststellungen unternommen, welches die Gründe dieser hohen Verschuldung der Großlandwirte sind? Ich denke hier außer an Anleihen an die Finanzierung der verfrachten Landbundgenossenschaften, der Wahlen, wo die Beiträge pro Morgen eingezogen wurden, der Unterhaltung der nationalitätlichen Putzhoerbände usw.

Noch ein paar Worte über einen Vergleich des Einkommensteuereinkommens in Stadt und Land in Ostpreußen.

Nach Ueberblicken des Reichsfinanzministeriums betrug die Zahl der Vorauszahlungspflichtigen in Land- und Forstwirtschaft Ostpreußens 30 500 gegenüber 99 300 Einkommensteuerpflichtigen im Jahre 1922. Die Zahl der landwirtschaftlichen Einkommensteuerzahler ist im Jahre 1924 um circa 59 Proz. der Zahl von 1922 gesunken. Die Zahl der gewerblichen und vorauszahlungspflichtigen aber nur auf 71 Proz. Die Ziffern für die Einkommensteuer aus Lohn und anderen Einkommen betragen in Königsberg in 1000 M. des Jahres 1924

	aus Lohnabzug	aus anderer Eink.-St.
1. Quartal	2971	8044
2. „	4018	4561
3. „	5442	4888
4. „	5711	4607

In keinem anderen Finanzbezirk ist das Steueraufkommen der folgenden Quartale so stark hinter dem ersten Quartal zurückgeblieben. In den stark industriellen Bezirken lag das Aufkommen der Einkommensteuer der Selbständigen — trotz der Krise der Industrie — über dem des ersten Quartals. Diese neun industriellen Bezirke brachten im ersten Quartal 33,3 Proz., im letzten 43,3, dagegen Ostpreußen im ersten Quartal 3,6 Proz., im vierten nur 1,9 Proz. des Gesamtaufkommens der Einkommensteuer der Selbständigen auf. In den drei typisch städtischen Landesfinanzbezirken (Berlin, Unterweiser, Unterelbe) entfallen an Einkommensteuer für Selbständige auf den Kopf der Bevölkerung circa 8 M. Um einen indirekten Schluß der Verteilung der Einkommensteuer zwischen Stadt und Land in Ostpreußen zu finden, kann man diese Zahlen für Königsberg zugrunde legen. Es würde dann für die Stadt Königsberg ein Steueraufkommen der Selbständigen von rund 2195000 M. für das vierte Quartal 1924 sich ergeben. Das würde bedeuten, daß ein Viertel der Bevölkerung der Provinz Ostpreußen, nämlich die Stadt Königsberg, 47,6 Proz. des Aufkommens an Einkommensteuer des ganzen Bezirkes Ostpreußen im vierten Quartal 1924 aufgebracht hat. Zahlen, die zum Nachdenken regen.

Wie schrieb doch die Zeitung „Deutscher Bauernbund“ zu diesem Reusjahr:

„Am Vollbewußtsein unserer Verantwortung gilt heute das harte Wort: „Der schandhafte Vorkriegsstand einer völligen Be- freiung von der Einkommensteuer eines großen Teiles, vielleicht der überwiegenden Mehrheit des Großgrund- besitzes ist wieder hergestellt, während die Bauern zahlen.“

Auch ein großer wirtschaftlicher Erfolg der deutschnationalen Regierung Reubaus—Schlieben—Schleis—König!

Routine, die Sprache fast durchweg Klischee, aber gerade deshalb stimmte das Menschliche, das Echte, das wider Willen gleichsam hin und wieder noch zum Durchbruch kam, nachdenklich. Auch im Vorstadtheater bestehen Beziehungen zur großen Kunst, die festlich nur edelgeformtes Leben und Erleben ist — dann nämlich, wenn man vergißt, die große Kunst zu „machen“.

Eine Probeabstimmung für oder gegen den Alkohol fand auf Veranlassung der Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus in einem Teile von Hannover-Nord statt. Durch etwa 100 freiwillige Helfer wurden den Einwohnern Abstimmungszeitel in die Häuser gebracht, auf denen gefragt wurde, ob das Gemeindebestimmungsrecht zur Verminderung oder Vermehrung der Gastwirtschaften eingeführt werden und auch zur Festlegung der Polizeistunde dienen solle. Nach wenigen Tagen gingen die Helfer mit Urnen in die betreffenden Haushaltungen und ließen die Zeitel hineinwerfen. Zur Kontrolle des Verfahrens waren die Zahlen der Stimmberechtigten vorher listenmäßig genau festgelegt. Es wurden 10 607 Stimmen abgegeben. Es stimmten mit „ja“ 3967 Männer und 3893 Frauen, mit „nein“ 976 Männer und 953 Frauen. Ungültige und unbeschriebene Stimmmittel gaben ab 673 Männer und 744 Frauen. Von den Abstimmenden waren also 79 Proz. für und 21 Proz. gegen das Gemeindebestimmungsrecht. Ein Erfolg, der um so bemerkenswerter ist, als die Gegner des Gemeindebestimmungsrechts während der Abstimmungszeit eine sehr starke und kostspielige Gegenpropaganda betrieben haben.

Der prägelnde Seelforger. Die Beichtkinder der Johannis- pforte in Osnabrück hatten eine unbändige Angst, bei dem Barrer die Beichte abzulegen, besonders fürchteten seine sehr strengen auferlegten Bußen die jungen Mädchen. So beichtete in der vorigen Woche auch ein 18 Jahre altes Mädchen seine Sünden, und da sie wahrheitsliebend war, verschwieg sie auch nicht, daß sie mit einem jungen Burschen einer anderen Konfession ein Liebes- verhältnis unterhalte. Der Geistliche war wegen dieser schweren Sünde empört und bestellte das Mädchen in seine Wohnung. Nachdem er die „Sünderin“ dort wieder die ewige Verbannung prophesie- zeit hatte, nahm er mit den Worten „Um deine Seele zu retten, muß das Fleisch gezüchtigt werden“ einen dicken Stock zur Hand und schlug so bestig auf das Mädchen ein, daß dieses infolge schwerer Verletzungen nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Gegen den „strengen“ Seelforger ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung erstattet, desgleichen ist er von der vorgelegten Behörde fernes Dienstes enthoben worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Abt. Bildersache. Achtung! Die Wahlversammlungen haben nicht am Dienstag, sondern erst am Mittwoch, den 10., abends in der Schule Roonstraße statt. Wichtigste Tagesrechnung.

Sport.

Diener — Paolino.

Am 12. Februar.

Wie bekannt, haben die Unternehmer des Großkampftages Breitensträter—Diener nach der Erkrankung Breiten- sträters sofort zwei Vertreter nach Paris geschickt, um den basischen Holzfaller Paolino gegen Franz Diener zu verpflichten. Tele- graphische Meldungen aus Frankreich besagten, daß Paolino in Paris nicht angetroffen wurde. Die Unterhändler haben sich dann sofort weiter nach dem Trainingsquartier La Guerche in Marck gefehlt. Ein letztes Telegramm aus Frankreich meldet, daß Paolino gegen Diener kämpfen will und bereits engagiert ist. Die Unternehmer geben bekannt, daß der Vorverkauf (ohne Auf- schlag) wieder eröffnet ist. Der Kampftag ist auf den letzten Termin, Freitag, den 12. Februar, verlegt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Arbeitsnachweis gegen die Arbeiter.

Das Reichsarbeitsministerium muß eingreifen.

Nach dem durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums gescheiterten Versuch, den öffentlichen Arbeitsnachweis des Kreises Högter zum Lohndruck zu benutzen, wird uns aus Hirschberg in Schlesien berichtet:

Die Arbeiterschaft der Grafschaft Glatz ist nachgerade schon daran gewöhnt, als zweite Klasse behandelt zu werden. Nicht genug damit, daß man die in jedem derartig industriell durchgesetzten Bezirk selbstverständliche Errichtung eines Gewerkegerichtes — wahrscheinlich, weil die Industriellen zum Schutz der eigenen Interessen ein solches nicht für notwendig halten — vom Kreis bis zum Regierungspräsidenten verweigert und sie damit eines wichtigen Rechts beraubt, versucht man jetzt, mit Hilfe des Kreisarbeitsnachweises einen unerhörten Lohnabbau bei den Glasarbeitern durchzuführen.

Schon im Dezember v. J. hatten alle dem Verband der Glasindustriellen angehörenden Firmen wegen Auftrags- und Geldmangel die Stilllegung bei der Regierung angezeigt, die Kündigung aller Arbeitnehmer durchgeführt. Kurz vor Ablauf der Kündigungsfrist und Ablauf der Tarifverträge wurde von den Belegschaften — unter Ausschaltung der Organisation — ganz plötzlich die Forderung auf einen etwa 40 Proz. betragenden Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden verlangt. Selbstverständlich wurde diese Forderung abgelehnt. Die Unternehmer schritten darauf zur Stilllegung der Betriebe, nicht ohne seitens der Arbeiterschaft in einem Betriebe mit einer Woche Probearbeit die Unmöglichkeit einer solchen unwirtschaftlichen und unsinnigen Forderung erwiesen zu bekommen.

Gelangten die damaligen Versuche auf Entziehung der Erwerbslosenunterstützung nicht, weil ja die Industriellen wiederholt betont hatten, keine Aufträge und kein Geld mehr zu haben, so soll es jetzt aber möglich werden, nachdem man wohl der Ansicht ist, einige Wochen Erwerbslosenunterstützung werden die Arbeiter für die Durchführung des Lohnabbaues müde gemacht haben. Als erschwerend kommt für die Arbeiterschaft hinzu, daß in einzelnen Gemeinden nach drei Wochen Erwerbslosigkeit noch nicht einmal die Unterstützung ausgezahlt worden ist.

Das Hilfsmittel zur Durchführung des Lohnabbaues ist der Arbeitsnachweis des Kreises Glatz, der in seiner Sitzung vom 4. Februar von den Glasarbeitern eines Betriebes verlangte, daß sie zu den von den Industriellen verlangten Verschlechterungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Arbeit aufnehmen müssen, andernfalls ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzogen wird.

Damit erweist sich der Kreisarbeitsnachweis als Helfershelfer der Industriellen für die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Begründet wird dieses Vorgehen damit, daß nach den Angaben der Industriellen (!) „noch genügend Verdienst“ erzielt werden könnte. Also ein völlig einseitiges Vorgehen des Arbeitsnachweises entsprechend den Wünschen der Industriellen. Zu bemerken ist, daß die letzteren jede Verhandlung mit der Gewerkschaft ablehnen. Auf diesem Wege sollen die Grundlagen eines neuen verschlechterten Tarifvertrages geschaffen werden.

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 26. Januar wurde auf einen ähnlichen Fall im Kreise Högter hingewiesen. Durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums ist diesem Skandal ein Ende gemacht worden. Der vorstehend geschilderte Fall in der Grafschaft Glatz liegt noch viel schlimmer. Hier wird durch den Arbeitsnachweis, unterstützt von der Gewerbeaufsichtsbehörde, die die Stilllegungsanträge der Unternehmer genehmigte, der Versuch gemacht, einen gültigen Tarifvertrag außer Kraft zu setzen, einen ungeheuerlichen Lohnabbau und gleichzeitig eine gerade in der Glasindustrie mörderische Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen.

Es wird in diesem Falle nicht genügen, daß das Reichsarbeitsministerium den Leiter des Kreisarbeitsnachweises zur Ordnung zucht. Er muß wegen grober Verletzung seiner Pflichten vom dem zuständigen preussischen Wohlfahrtsministerium zur Verantwortung gezogen werden. Es ist aber offenbar auch notwendig, daß das Reichsarbeitsministerium als Aufsichtsbehörde durch ein Rundschreiben die Arbeitsnachweise auf die gesetzlichen Bestimmungen hinweist. Wenn man vermeiden will, daß es zu einem offenen Konflikt kommt, dann muß eine Wiederholung dieses Skandals unterbunden werden.

Versuchter Lohnabbau in der Konfektion.

Uebersetzung der Betriebe — Verschlechterung der Löhne.

In der Mitgliederversammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, die für die in der Herren-, Anaben-, Burschen- und Gummikonfektion und der Uniformlieferungsbranche Beschäftigten am Montag nach den Festtagsfesten einberufen war, sprach Genosse Kide über die Situation in den einzelnen Branchen.

Er ging zunächst auf die Ursachen der Wirtschaftskrise ein, durch die allein in Berlin etwa 19 000 Bekleidungsarbeiter erwerbslos sind. Von der ungeheuren Aufblähung des Produktionsapparates in der Konfektion sprechen folgende vom Redner angeführte Zahlen: Es gab 1913 in Berlin 138 Betriebe der Blumen- und Kleiderkonfektion, Ende 1925 dagegen 765. In der Großkonfektion (Damentonkonfektion) waren es im Jahre 1913 erst 390 Betriebe, 1925 dagegen 740. Die Herrenkonfektion produzierte 1913 in 172 Betrieben, 1925 dagegen in 532. Damenwäsche wurde 1913 in 58 Betrieben hergestellt, 1925 in 390, Herrenwäsche 1913 in 54 Betrieben, 1925 in 118. Bei dieser Uebersetzung ist es zu verstehen, daß die Waren verteuert werden und nicht abgesetzt werden können. Die Unternehmer der gesamten Konfektion versuchen aber durch rückwärtsgehenden Lohnabbau über die Krise hinwegzukommen. So haben die Unternehmer der Herrenkonfektion den Reichstagsrat zum 31. Januar gekündigt, um eine Verschlechterung der Serien durchzuführen. In der Uniformlieferungsbranche ist aus dem gleichen Grunde das Lohnabkommen und der Manteltarif zum 4. Februar gekündigt worden. Da in den Verhandlungen am 21. bis 23. Januar eine Einigung nicht erzielt wurde, ist das Lohnabkommen und der Tarifvertrag bis auf weiteres verlängert worden.

In der Gummikonfektion ist das Lohnabkommen schon zum 30. November gekündigt und ein genereller Lohnabbau von 20 Proz. durchgeführt worden. In Berlin und Hamburg steht ein Teil der in der Gummikonfektion Beschäftigten seit Wochen im Arbeitsstreik. Ebenso ist das Lohnabkommen in der Anaben- und Burschenkonfektion von den Unternehmern gekündigt worden. Man sieht, daß das gesamte Unternehmertum der Konfektion zum Generalangriff übergeht.

Die Bekleidungsarbeiter müssen endlich aus dem organisierten Vorgehen der Unternehmer die Lehre ziehen, sich selbst restlos ihrer zuständigen Organisation anzuschließen. In den nächsten Wochen muß deshalb in den Betrieben eine lebhafteste Agitation getrieben werden. Auf den Generalangriff der Unternehmer muß mit einer Generalagitation geantwortet werden. Nur durch einen festen organisatorischen Zusammenschluß wird es möglich sein, den Ansturm der Unternehmer abzuwehren und die bereits verloren gegangenen Positionen wiederzuerlangen.

Nach einer längeren Diskussion und dem Schlusswort des Referenten wurden die Beschlüsse der Delegierten zur Generalversammlung entgegengenommen.

Unberechtigter Entlassung.

Die Musiker, die im Café „Vaterland“ in der Turmstraße konzentriert, wurden nach erfolgter Kündigung entlassen, weil die Direktion des Cafés der Meinung ist, sie müßten, um sich einen guten Geschäftsgang zu sichern, den Gästen neue Gesichter auf dem Musikpodium zeigen. Der Kapellmeister fand mit einem Teil der Musiker sofort ein neues Engagement. Die übrigen Mitglieder der Kapelle suchten ihre Entlassung durch Klage beim Gewerbegericht als unbillige Härte an.

Sie gingen davon aus, daß, solange ihre Leistungen keinen Anstoß zum Tadel geben, die Entlassung nicht berechtigt sei. Wenn man den Gästen ein neues Musikprogramm bieten wolle, so sei wohl ein Wechsel des Kapellmeisters, aber nicht ein Wechsel der ganzen Kapelle begründet.

Die beklagte Direktion erklärte es für ihr gutes Recht, mit den Musikern beliebig zu wechseln. Das sei eine das ganze Gewerbe interessierende Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung. Die Direktion hat deshalb einen großen Apparat von Zeugen und Sachverständigen auf, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Es sollte im allgemeinen bewiesen werden, daß es im geschäftlichen Interesse der Kaffeekonsumenten notwendig sei, von Zeit zu Zeit mit den Musikern zu wechseln und im besonderen sollte dargelegt werden, daß die Kläger den an sie gestellten Anforderungen nicht genügten. Schließlich wurde den Klägern auch noch eine zur freistellen Entlassung berechtigende Arbeitsverweigerung zum Vorwurf gemacht. Sie sollen nämlich in der Silbester Nacht, als die Kündigungsfrist abgelaufen war, um 4 Uhr nicht haben mitgespielt wollen, obgleich sie sich vorher verpflichtet gehabt hätten, für doppelte Besoldung bis zum Geschäftsschluss am Neujahrs morgen zu spielen.

Die Beweisführung der Direktion mißlang. Sie wurde verurteilt, die Kläger wieder einzustellen oder jedem derselben eine Entschädigung von 150 Mark zu zahlen.

Internationale Eisenbahnerkonferenz.

Die Eisenbahnerkonferenz der Internationalen Transportarbeiter-Föderation wird am 30. und 31. März in Amsterdam eine Internationale Konferenz des Aufsicht- und Verwaltungspersonals abgehalten. Behandelt werden u. a. folgende Fragen: Die Organisierung des Aufsicht- und Verwaltungspersonals und der übrigen Eisenbahner in den verschiedenen Ländern. (Referent: R. Rathmann, Sekretär der Eisenbahnerkonferenz der I.T.F.). Die Entwicklung der Organisationen des Aufsicht- und Verwaltungspersonals im Kampfe um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und im allgemeinen Kampfe der Arbeiterklasse. (Referent: ein Mitglied des Hauptvorstandes der I.T.F.). Die Aufgabe der höheren Beamten im Kampfe um das Mitbestimmungsrecht und für die Sozialisierung des Eisenbahnbetriebs (Referent: ein Mitglied der Schweizerischen Eisenbahnerorganisation).

Die internationale Arbeitszeitregelung.

London, 9. Februar. (E.P.) In den Berichten über die englischen Lohnkämpfe wird stets von neuem angeführt, daß die deutsche Konkurrenz mit höheren Arbeitsstunden arbeite. Demgegenüber stellte gestern der frühere Chefinspektor der englischen Bergwerke fest, daß nach seinen eingehenden Studien und Unterredungen an

Ort und Stelle der Achtstundentag in den deutschen Bergwerken gegenüber dem englischen Siebenstundentag in Tat und Wahrheit nur auf eine längere Arbeitszeit von höchstens 7 bis 10 Minuten hinauslaufe. Die Hebung der englischen Industrie müsse darum nicht in einer Erhöhung der Arbeitszeit gesucht werden, sondern in einer besseren Ausnutzung der vorhandenen Zeit durch moderne Arbeitsmethoden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Bund der technischen Anestellten und Beamten (Ordnungswahrung Berlin). Gemeinsame Mitgliederversammlung der Fachgruppen Baugewerbe, Architekten und Eisenbahner am Donnerstag, abends 7^{1/2} Uhr, im Hotel „Zur alten Geheimeintatstraße“, 63, Jerusalemer Straße 8 am Dönhofsplatz.

Wirtschaft

Die größten Konsumvereine der Welt.

Eine dem englischen „People's Year Book 1926“ entnommene Zusammenfassung, die sich in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wiederfindet, enthält folgenden interessanten Vergleich der größten Konsumvereine der Welt und ihrer Umlagezahlen für 1924:

Land	Genossenschaft	1924		
		Mitglieder	Umlage	Umlage je 1000
England	Konsumverein London	117 266	35 692 535	471,92
Schottland	St. Euthbert's Edinburgh	66 705	77 669 035	1 167,80
Irland	Konsumverein Belfast	28 700	20 034 050	698,13
Oesterreich	Konsumverein Wien	167 698	12 700 860	75,75
Belgien	Konsumverein Brüssel	70 676	21 007 830	297,95
Tschechoslowakei	Konsumverein Pilsen	60 109	30 168 960	335,55
Finnland	Konsumverein „Tianio“, Helsinki	80 754	31 201 160	689,35
Frankreich	L'Union Coopérative, Paris	83 848	19 105 015	227,85
Deutschland	„Produktion“, Hamburg	115 407	82 872 584	281,50
Holland	„Boehrding“, Haag	14 440	—	—
Italien	Konsumverein Triest	42 360	11 023 170	260,25
Norwegen	Konsumverein Oslo	9 414	7 053 440	749,25
Schweden	Konsumverein Stockholm	23 258	23 138 975	994,90
Schweiz	Konsumverein Basel	41 844	40 406 510	965,85

Das Jahr 1925 wird bereits ein wesentlich anderes Bild liefern, da z. B. in Deutschland sowohl der Gesamtumfang als auch der Durchschnittsumsatz je Mitglied erheblich gestiegen sind, was in England bei der hier angeführten Genossenschaft mindestens hinsichtlich der Mitgliederzahl auch der Fall ist. Wenn in den britischen Vereinen der Durchschnittsumsatz sehr hoch ist, so beruht das zum Teil darauf, daß die Zahl der Waren, die bereit werden, viel größer ist als in den meisten anderen Ländern. Vor allem ist das aber natürlich auf größere genossenschaftliche Treue der Mitglieder zurückzuführen, die sich auch in den nordländischen weit besser geltend macht als in den mitteleuropäischen. Deutschland ist allerdings in dieser Hinsicht weitestlos im vormaligen Ergebnis vieler anderer Länder ein Ansporn sein, bessere Leistungen zu erzielen.

Deutsche Industrie-Werke Aktiengesellschaft, Spandau. Durch die Mitteilungen über die Liquidation der Deutsche Werke Aktiengesellschaft, die vor kurzem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind, ist vielfach der Eindruck entstanden, als ob auch die Spandauer Werke von dieser Liquidation mitbetroffen worden sind. Wie aus den späteren ausführlichen Mitteilungen hervorgeht, trifft das nicht zu. Von der Deutsche Industrie-Werke Aktiengesellschaft in Spandau erfahren wir dazu, daß die vor einem Jahre in Aussicht genommene Umstellung, die im wesentlichen eine Zusammenziehung der Fabrikationsgebiete und Spezialisierung auf einzelne Typen mit sich brachte, zum großen Teil durchgeführt werden konnte. Es geschah das mit dem Erfolg, daß nicht nur trotz der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Lage die gleiche, sondern eine etwas gesteigerte Arbeiterzahl Beschäftigung fand. Die Landmaschinenfabrik hat ihre neuzeitlichen Arbeitsverfahren so weit entwickelt, daß sie in diesem Jahre erstmalig für Centemashinen zur praktischen Anwendung von Massenlieferungen kamen. Die Karosseriefabrik hat eine in der Automobilindustrie viel beachtete Entwicklung genommen. Der Beschäftigungsstand ist im allgemeinen auch im Hüttenwerk, der Gießerei, der Schrauben-, Holzbearbeitungsmaschinen- und Bettstellenfabrik in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage als gut zu bezeichnen. Wie wir hören, wird die Deutsche Industrie-Werke Aktiengesellschaft auf der Leipziger Frühjahrsmesse als Ausstellerin erscheinen, und zwar wird sie bemerkenswerte Neuerungen auf dem Gebiete der Holzbearbeitungsmaschinen vorführen.

Amerika-Anleihe der Bremer Hypothekendarlehenbank. Nach einer New Yorker Meldung sind die Verhandlungen zwischen einer amerikanischen Bankengruppe unter Führung von Crown Protectors und der Vereinigung Bremer Hypothekendarlehen über eine 7^{1/2}proz. Goldanleihe im Betrage von 10 Millionen Dollar so gut wie abgeschlossen. Die Anleihe wird am 1. Februar 1926 fällig sein.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Selermann; Gesellschaftsbewegung: J. Strüver; Kultur: Dr. John Schillemann; Soziale und Sonstige: Fritz Reuter; Anzeigen: Th. Glöckel; Redaktion: Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Carl Smirke u. Co., Berlin SW 65, Lindenstraße 1.

Hiermit die trauernde Mitteilung, daß meine liebgewohnte, treue Frau

Anna Reichelt,

geb. Steinkopf,

in ihrem vollendeten 68. Lebensjahre nach 5^{1/2} monatlichen schweren Leiden heute morgen 9^{1/2} Uhr im Krankenhaus Subertus zu Hiltberg verstorben ist.

Berlin-Charlottenb., 9. Februar 1926.

Der Hinterlassene hat die Frau

Albin Reichelt.

Zeit der Beerdigung wird nach bekanntgegeben.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verh. von Bauarbeiten

Berlin N. 24, Elsassstr. 86-88

Fernsprecher: Norden 6523, 6526

Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4. Tel.: Pilsnberg 9531

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführ. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Besonders wenn man die KLEINEN ANZEIGEN in der Zeitung billiger als sonst zu bekommen ist.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Wahlschreibens vom 13./14. Januar 1926, betr. die Wahl der Arbeiter- und der Berufsvereine zum Ausschuss der Halle, ist seitens der Arbeitgeber nur ein gültiger Wahlschreiben, beginnend mit dem Namen Carl Linde und endigend mit dem Namen Max Wilsch, eingereicht worden. Die auf diesem Wahlschreiben verzeichneten Personen sollen nach § 9 der Wahlordnung als gewählt.

Die für den 1. März 1926 angedachte Wahlhandlung findet demnach nicht statt.

Für die Beschäftigten sind zwei gültige Wahlschreiben eingereicht, die jedoch beide in der in der Wahlordnung vorgeschriebenen Frist zurückgewiesen worden sind. Da somit ein gültiger Wahlschreiben für die Beschäftigten nicht mehr vorliegt, kann die für den 1. März 1926 angedachte Wahl ebenfalls nicht stattfinden. Aufgegeben wird die Wahl für die Beschäftigten hiermit nachweislich ausgeschrieben.

Auf Grund des § 95 der Ordnung des Reichsarbeitsnachweises vom 1926-1929 sind 40 Beschäftigten mit 80 Einkommern zu wählen. Die Wahl findet am Mittwoch, den 24. März 1926, nachmittags von 4—6 Uhr, im Restaurant „Herr“, Rönneckerstr. 50, für die bei der Firma Telefonfabrik Gubitz u. G., Pilsnberg, im Lokal von Otto Ehler, Steglitz, Siemensstr. 29 (alte Strömschloß), statt.

Die Wahl ist geheim und wird durch den Notar geleitet.

Die wahlberechtigten Arbeitnehmer werden hiermit aufgefordert, dem Notar bei unterzeichnetem Wahlschreiben einzutreten. Es können nur solche Wahlschreiber zugelassen werden, die bis zum 23. Februar 1926 ein-

gewandt sind. Die Stimmbüchse ist an die Wahllokale zu senden. Die Wahlschreiber müssen von mindestens 50 wahlberechtigten Arbeitnehmern unterschrieben sein. Mit den Wahlschreibern ist von jedem Bewerber eine Erklärung beizugeben, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Die aus den eingereichten Wahlschreibern sich ergebenden Wahlen müssen bis zum 9. März d. J. befristet sein. Die Wahlschreiber können nach ihrer Zulassung im Lokale, hier, Rönneckerstr. 50, während der Dienststunden von 9—1 Uhr vormittags einsehen werden, ebenso vom Tage dieser Bekanntmachung an die Wahllokale.

Stimmliche gegen die Nichtstimmlichkeit der Wahl aus dem Wahlbereich sind ergebend, unter Beifügung von Belegdokumenten, zu erheben. Auf Antrag werden am 9. März d. J. ab 10 Uhr vormittags im Lokale, hier, Rönneckerstr. 50, während der Dienststunden von 9—1 Uhr vormittags einsehen werden, ebenso vom Tage dieser Bekanntmachung an die Wahllokale.

Die Wahlberechtigten werden hiermit ersucht, sich die Wahllokale zu besorgen, da die Wahlschreiber die Wahl- und Stimmerechtigungen prüfen. Die Stimmbüchse müssen von jeder Seite sein.

Im Übrigen gelten für die Wahl die anzuwendenden Bestimmungen der Ordnung des Reichsarbeitsnachweises.

Berlin-Steglitz, den 9. Februar 1926.

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegener Ausführung kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze

Monbijouplatz 12, Hof part. Nähe Hackescher Markt

Zahlungserleichterung

Telephon: Alexander 4112

Tapeten

25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.

Kleinstens möglich in allen Größenlagen — herrliche Muster Tapeten für Puppenstuben — Linoleum u. Fußmatten

Tapeten-Magazin Humboldt

Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße

nur 1. Stock, kein Laden

(Ringförm. daher immerzu pino billig.)

Borsinger erbau 9, Kabott

Gebr. 1891.

Schupp u. Danner-Decken

tauchen Sie belien ab Fabrik

Bernhard Strohmangel, Berlin

Wallstr. 12 (Untergrundbahn Anhalter)

Filiale: Spittelmarkt, Ecke Gendarmen-

und Wesen, Nikolausburger Platz 2, Ecke Trandenauer-

und Reper. Joh. Str. 11/12, Preisliste gratis.

Sie kugeln sich vor Lachen



Bei der Lektüre des

Republikanischen Wächters

LACHEN LINKS

Das aktuellste politische

Witzblatt, in künstlerisch hochwertiger

Ausführung

Jede Nummer kostet 20 Pf.

Zu beziehen durch:

die Botenfrauen des Vorwärts